Unfall am Zebrastreifen

Beigesteuert von urteilsticker Montag, 3. November 2014

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Beschluss vom 19.08.2014 (Az.: VI ZR 308/13) in einer Nichtzulassungsbeschwerde \tilde{A} ½ber einen Verkehrsunfall...

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Beschluss vom 19.08.2014 (Az.: VI ZR 308/13) in einer Nichtzulassungsbeschwerde über einen Verkehrsunfall entschieden, bei dem das Oberlandesgericht (OLG) als Vorinstanz den klĤgerischen Einwand ļberhĶhter Geschwindigkeit zu Unrecht nicht berļcksichtigt hat. Die Sache wurde vom BGH zur neuen Entscheidung an das OLG als Berufungsgericht zurļckverwiesen. Der KlĤger wurde als Fußgänger bei einem Unfall an einem Zebrastreifen von einem Pkw erfasst und schwer verletzt. Der Unfall passierte im Januar 2010 morgens kurz nach 7 Uhr auf nasser Straße vor einer Kaserne. Die Besonderheit war, dass der KIäger zum Unfallzeitpunkt Zeitsoldat war und seine Tarnuniform getragen hat. Der KlAzger behauptet, der beklagte Pkw-Lenker sei mit ĽberhĶhter Geschwindigkeit gefahren. Die Beklagtenseite erhebt den Vorwurf, dass der KlĤger plĶtzlich und unvermittelt im Lichtkegel des Scheinwerfers des Fahrzeuges aufgetaucht sei und dass die sofort eingeleitete Vollbremsung die Kollision habe nicht mehr verhindern kA nnen. In der ersten Instanz wurde ein Mitverschulden des Soldaten von 50 % vom Landgericht erkannt. Dieser wandte sich an das OLG, welches sein Mitverschulden sogar auf 60% erhĶht hat. Hiergegen wendete sich der KlĤger mit der Nichtzulassungsbeschwerde. Der BGH gab dem KlĤger Recht und stellte fest, dass das OLG unrichtig zu der Beurteilung gelangt sei, dass der KIÄnger sich durch ein Beharren auf seinem Vorrecht offensichtlich unvernļnftig der Gefahr ausgesetzt habe, auf dem FuÄŸgĤngerļberweg angefahren zu werden. Das OLG stellte fest, dass er entweder auf den Verkehr Ľberhaupt nicht geachtet habe, etwa weil er in Eile gewesen sei, oder aber das Auto gesehen und gemeint habe, dass dieser noch rechtzeitig werde anhalten kAnnen. Das OLG meinte auch, es sei unerheblich, ob es ma ¶glich sein ka ¶nne, dass das Auto schneller als die erlaubten 50 km/h gefahren sei. Dies habe der KIAxger zwar behauptet, aber nicht bewiesen. Der BGH stellte fest, dass ?das Berufungsgericht eine vom KIĤger vorgetragene alternative MĶglichkeit der Unfallverursachung, die ein schuldhaftes Verhalten des KIĤgers ausschlieÄŸen oder jedenfalls in günstigerem Licht erscheinen lassen könnte, unter Verstoß gegen Art. 103 Abs. 1 GG nicht berļcksichtigt hat. Der KlĤger hatte mit Schriftsatz vom 10. Juni 2011, (?) vorgetragen, der Beklagte zu 1 habe seiner LebensgefĤhrtin unmittelbar nach dem Unfall erklĤrt, mit einer Geschwindigkeit von 60 bis 65 km/h gefahren zu sein. Die vom KIäger zum Beweis dieser Behauptung benannte Zeugin S. ist zu dieser Frage nicht vernommen worden.? Der Fall zeigt, dass bei selbst scheinbar klaren VerkehrsunfÄullen langjÄuhrige Gerichtsverfahren folgen können und man gut daran tut, sich von Anfang an von einem Anwalt fýr Verkehrsrecht vertreten zu lassen.

Lesen Sie mehr in der Original-Quelle ...